

# **JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK**

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik  
an den österreichischen Universitäten

vol. XX, No. 4–2004

## **MULTIKULTURELLE AUTONOMIE IN LATEINAMERIKA**

Schwerpunktredaktion: Leo Gabriel, René Kuppe

**Mandelbaum** Edition Südwind

## **Inhaltsverzeichnis**

- 4 Einleitung
  
- 8 RENÉ PAUL AMRY  
Das Recht auf kulturelle Identität als Schranke für das Strafrecht  
in Lateinamerika
  
- 25 LEO GABRIEL  
Multikulturelle Autonomie: Ein Paradigma für  
partizipative Demokratie in Lateinamerika
  
- 43 RENÉ KUPPE  
Diskurse zur Begründung multikultureller Autonomie in Lateinamerika
  
- 62 GILBERTO LÓPEZ Y RIVAS  
Die Autonomie der Indio-völker in Mexiko
  
- 74 ROBERT LESSMANN  
Multikulturelle Autonomie und Nachhaltigkeit am Beispiel  
der „Gewerkschaften“ der Kokabauern Boliviens
  
- 89 NICOLE SCHABUS  
Freihandelsabkommen bedrohen indigene Rechte  
Indigene Autonomie in den Amerikas oder Freihandel  
mit indigenen Rechten
  
- 103 Rezensionen
- 109 Autorinnen und Autoren
- 110 Die letzten Ausgaben
- 111 Informationen für AutorInnen / Information for Contributors
- 112 Impressum

## Einleitung

Der Hintergrund des vorliegenden Heftes des Journals für Entwicklungspolitik ist ein zweifacher. Einerseits erwächst es einer akademischen Zusammenarbeit der beiden Schwerpunktedakteure im Rahmen eines großangelegten EU-finanzierten und vom Ludwig Boltzmann-Institut für zeitgenössische Lateinamerikaforschung koordinierten dreijährigen Forschungsprojektes, dessen ursprünglich mit einem Fragezeichen versehene Arbeitshypothese lautet: „Multikulturelle Autonomien – eine notwendige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung“. Mit insgesamt sechs lateinamerikanischen Partnerinstitutionen (Universidad Autónoma – UAM-Mexiko, Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua – UNAN-Managua, Koskun Kalu-Panama, Instituto Socioambiental – ISA-Brasilien, Fundación Pueblo Indio – FPI-Ecuador und Centro Integral de Desarrollo Económico y Social – CIDES-Bolivien) und vier weiteren spezialisierten Forschungsinstitutionen in Europa (Institut für Recht und Religion der Universität Wien, Ethnologisches Seminar der Universität Zürich, Centre Tricontinental – CETRI-Louvain la Neuve und Ethnologisches Institut der Freien Universität Berlin) ist es ein besonders komplexes sozialwissenschaftliches Unterfangen der internationalen Lateinamerikaforschung.

Das vorrangige Ziel des unter dem Acronym LATAUTONOMY geführten Projekts ist es, durch eine vergleichende interdisziplinäre Analyse von unterschiedlichen Autonomieprozessen in sechs lateinamerikanischen Staaten ein Strukturmodell zu entwickeln, anhand dessen für weltweit existierende, ethnisch und/oder kulturell bestimmte regionale Konflikte nachhaltige politische Lösungsvorschläge erarbeitet werden können. Zu diesem Zweck wurde in drei aufeinanderfolgenden Forschungsstapen in 12 lateinamerikanischen Autonomieregionen entlang der drei Hauptachsen

### Recht/Politik - Wirtschaft - Kultur/Interkulturalität

eine Bestandsaufnahme durchgeführt, deren Elemente in einer miteinander vergleichbaren Weise auf einer systematisierten Datenbank gespeichert wurden (siehe <http://www.latautonomy.org>). Dieser Schritt wurde durch Auswertung von über 300 Fragen durch spezialisierte Forscherteams erreicht, die vielfach selbst aus den untersuchten, zumeist indigenen Regionen stammen. Dabei wurde die teilnehmende Beobachtung der ForscherInnen durch Aufarbeitung einschlägiger Fachliteratur zu diesen Regionen ergänzt.

In einer zweiten Phase wurde mittels eines geschlossenen und eines offenen Fragebogens sowie verschiedener Analysen von Focus-Gruppen die subjektive Bewertung der Autonomieprozesse sowohl durch die indianische als auch durch die nichtindianische Bevölkerung in den betroffenen Regionen herausgearbeitet. Diese mit Methoden der qualitativen und teilweise auch quantitativen Sozialwissenschaften erarbeitete Innenansicht der Autonomieprozesse wurde durch länderspezifische politologische Studien ergänzt, welche die politischen und ökonomischen Akteure des nationalen Umfeldes (Staatsregierungen, politische Parteien, transnationale Unternehmungen, Entwicklungszusammenarbeit etc.) unter die Lupe nahmen.

In einer dritten Phase wird zur Zeit auf der Grundlage des erarbeiteten Materials den länderübergreifenden Arbeitshypothesen nachgegangen, die sich aus dem Vergleich der verschiedenen Autonomieregionen ergeben. Aus der kritischen Auseinandersetzung mit den regionalen Stärken und Schwächen (unter dem Gesichtspunkt einer ganzheitlich verstandenen Nachhaltigkeit) soll noch dieses Jahr ein Strukturmodell entstehen, das auch mit nicht-lateinamerikanischen, mehr oder minder konfliktiven Autonomieprozessen korreliert werden kann. Zu diesem Zweck erarbeiten im Augenblick Experten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen drei Studien, welche die Autonomieprozesse in drei verschiedenen Kulturkreisen zusammenfassend darstellen sollen: Katalonien, Kaukasus (insbesondere Tschetschenien und Dagestan) und das Kurdengebiet im Irak.

Es lässt sich schon jetzt abschätzen, dass die Resultate dieses sowohl thematisch als auch regional sehr weit gespannten Forschungsprozesses einen mannigfaltigen Niederschlag finden werden. Beim 2. Kontinentalen Treffen der Indigenen Völker Lateinamerikas vom 20. bis 24. Juli 2004 in Quito, Ecuador, ist der Forderung nach Autonomie ein zentraler Stellenwert zugekommen. Denn für die indigenen Völker Lateinamerikas ist die auf wechselseitigem Respekt beruhende, multikulturelle Autonomie nicht nur eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung; angesichts der immer stärker werdenden Bedrohung durch die politischen, ökonomischen und militärischen Machthaber der Globalisierung, der so genannten *global players*, ist Autonomie für die meisten indigenen Völker (und nicht nur für sie) auch zu einer existentiellen Grundsatzfrage geworden. Deshalb sind immer mehr Menschen bereit, für die verschiedenen Dimensionen dieser Autonomie, wie Lebensraum und natürliche Reichtümer, eigenständige kulturelle Entwicklung und politische und juristische Selbstbestimmung, einzutreten. Dabei stehen sie oftmals übermächtigen Interessen gegenüber, zumal es die mit der Fassade des Nationalstaates verkleideten Akteure transnationaler Wirtschaftsinteressen sind, die

sich gegen die Ausweitung der individuellen und kollektiven Menschenrechte indigener Völker wehren.

Da die Erfolge einer auf Lösung interethnischer Konflikte abstellenden Politik letztlich von breiter öffentlicher Akzeptanz abhängig sind, soll durch eine derzeit im Rahmen des Projektes produzierten Fernseh-Dokumentation ein Beitrag zum besseren Verständnis von multikulturellen autonomen politischen Strukturen geschaffen werden. Selbstverständlich wird das Projekt aber auch einen breiten akademischen Niederschlag finden. Die eigentlichen Projektergebnisse sollen demnächst in einem zweibändigen Werk in Buchform der Öffentlichkeit vorgelegt werden, in zwei Ländern Lateinamerikas (Ecuador und Mexiko) sind bereits monographische Studien über die Forschungsergebnisse zu den jeweiligen nationalen Autonomieprozessen erschienen.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Projekterfahrungen sahen es die beiden Schwerpunktredakteure dieses Heftes schließlich auch als interessante Herausforderung an, eine gemeinsame Ringvorlesung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien zum Thema „Multikulturelle Autonomien“ zu gestalten<sup>1</sup>.

In dieser Lehrveranstaltung, in der auch die verschiedenen methodischen Perspektiven mehrerer FachkollegInnen eingebracht werden, sollen die juristischen, politologischen und ökonomischen Perspektiven der Autonomiedebatte in Lateinamerika beleuchtet werden. Die Ringvorlesung ist zwar keine systematische Präsentation von Projektergebnissen, behandelt aber vor dem Hintergrund des Projektes bestimmte kritische Eckpunkte der Autonomiedebatte, die konkret auch aus didaktischen Gesichtspunkten ausgewählt und zusammengestellt wurden.

Im vorliegenden Band werden einige ausgewählte Beiträge dieser Ringvorlesung herausgebracht. Alle Beiträge haben gemeinsam, dass Fragen nachgegangen wird, die mit der zunehmenden Artikulation oder Anerkennung von Forderungen nach Autonomie und ethnisch legitimer Selbstbestimmung zu tun haben. Nachdem im ersten Beitrag von L. Gabriel ein Überblick geboten wird, wie sich im lateinamerikanischen Raum politische Autonomiedebatten zunehmend als Gegengewicht zur aktuellen neoliberalen Globalisierung ausgebildet haben, geht R. Kuppe in seinem Beitrag auf die Herausforderung ein, die die Konstruktion multikultureller Autonomiestrukturen für die Begründung des modernen, sogenannten nachaufgeklärten Staates mit sich bringt. G. López y Rivas zeigt, wie der Kampf um indigene Autonomie in Mexiko in Verbindung steht mit der noch viel grundsätzlicheren Infragestellung der Rolle des mexikanischen Staates als repressives Werkzeug zur Durchsetzung liberalistischer Strukturpolitik. N. Schabus knüpft hier an, indem sie thematisiert,

wie im letzten Jahrzehnt internationales neoliberales Wirtschaftsrecht (sprich Freihandelsabkommen, Investitionsschutz, Vorgaben für Privatisierung usw.) normativ die Oberhand gewonnen hat gegenüber anderen Rechtsgebieten wie etwa Menschenrechtsschutz, Umweltrechten oder selbst nationalem Verfassungsrecht. Die deklarativ anerkannten Autonomierechte indigener Völker werden dadurch vielfach unterlaufen und unwirksam. Trotz oder vielmehr wegen des hartnäckigen Widerstandes der herkömmlichen funktionellen Eliten gegen die Anerkennung von Autonomie musste diese vielerorts rein faktisch von unten erkämpft werden. Ein plakatives Beispiel für eine derartige Erfahrung beschreibt R. Lessmann in seiner Studie. Dieser Beitrag macht gleichzeitig klar, wie sehr vereinfachende Erwartungen in Bezug auf Autonomiephänomene nicht zutreffen, sind doch die Träger der politischen De-facto-Autonomie der Cocaleros der bolivianischen Chapare-Region keine eingessene „indigene“ Bevölkerung, sondern Zuwanderer aus anderen Landesteilen; andererseits können deren politische Eigenstrukturen als „traditionell“ bezeichnet werden, da sie vielfach auf Elementen der sogenannten „andinen Konsensdemokratie“ beruhen.

Schließlich beschäftigt sich R. Amry mit den Auswirkungen der Autonomiedebatte auf die Strafrechtspflege, auf einen Bereich also, der gewissermaßen als eine der zentralsten Funktionen des modernen Nationalstaates gilt. Nichtsdestoweniger hat die Debatte um ethnische Rechte zur Einsicht geführt, dass das Strafrecht gegenüber dem kulturellen Hintergrund des Strafverfolgten nicht indifferent sein sollte, was zu einer Reihe von strafrechtsdogmatischen Entwicklungen geführt hat, die letztlich auf die Sicherung kultureller Eigenständigkeit (gegenüber dem Nationalstaat) hinauslaufen könnten.

Die Schwerpunktredakteure meinen, dass die Beiträge wichtige Impulse für allgemeinere entwicklungstheoretische Fragen abgeben können, berührt doch die Autonomiedebatte, die lange Zeit aus dem entwicklungspolitischen Diskurs aller gesellschaftspolitischen Richtungen ausgeblendet blieb, alle Bereiche globaler Entwicklung. Ein gerechter Ausgleich zwischen den Anliegen der Träger verschiedener Kulturen sichert nicht nur das nachhaltig friedliche Zusammenleben der ethnischen Gruppen, sondern ist auch eine Voraussetzung für mehr Einzelgerechtigkeit, denn niemand lebt frei, wenn die ethnische Gruppe, der er sich zugehörig fühlt, diskriminiert oder gar unterdrückt wird.

DR. LEO GABRIEL, KOORDINATOR LATAUTONOMY  
UNIV.-PROF. DR. RENÉ KUPPE

<sup>1</sup> Diese Lehrveranstaltung des Wintersemesters 2004/05 ist gleichzeitig eine Pflichtlehrveranstaltung im Rahmen des „Interdisziplinären Lehrgangs für höhere Lateinamerika-Studien“ des Österreichischen Lateinamerika-Instituts.